

Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* im Gemeinderat zum  
Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2014 :

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

heute habe ich, zuvor hatten schon die anderen Fraktionsvorsitzenden, wieder einmal die Gelegenheit, eine Haushaltsrede zu halten, die letzte in dieser Amtsperiode, die im Juli enden wird. Wieder einmal dieses jährliche Ritual, dass dennoch nicht die ganze Arbeit in diesem, unserem Gremium, im Gemeinderat, wirklich deutlich macht. Trotz aller Reden: Es bedeutet nicht, dass im kommenden Jahr genau das passieren wird, über das wir heute abstimmen, manchmal kommen neue Projekte während des Jahres dazu, andere entfallen. Das ist auch gut so, denn wir müssen auf aktuelle Ereignisse reagieren können.

Nichtsdestotrotz hat diese Haushaltsrede eine enorme Bedeutung - es ist der einzige Beitrag, den die Fraktionen leisten und der unkommentiert und unverändert der Bevölkerung - zumindest derjenigen, die die Walldorfer Rundschau beziehen - in voller Länge zur Kenntnis gebracht wird. Das führt dann sicher, dazu, dass manche Ausführungen länger werden und vor allem, dass Dinge angesprochen werden, Grundsätzliches, was höchstens indirekt mit dem Haushalt zu tun hat. Sie dürfen nun gespannt sein, was alles kommt!

Heute gäbe es die Gelegenheit, die Themenliste aus unseren Haushaltsreden der vergangenen Jahre, für mich ist es die 26.te, fortzusetzen: die Aufzählung von den Punkten, die für uns Grüne als politische Zielsetzung so wichtig sind: Ökologie, Ökologie und nochmal Ökologie, garniert mit viel Sozialpolitik und eine Bürgerbeteiligung, die das Wort auch verdient - ein Bürgerpanel ist für uns das sicher nicht, das haben wir schon mit unserem alternativen Vorschlag einer Stadtentwicklungsplanung deutlich gemacht und werden nachher nochmal drauf eingehen.

Was uns fehlt, außer natürlich einer absoluten Mehrheit, um unsere Vorstellungen 1 zu 1 durchsetzen zu können und das wird von Kommunalwahl zu Kommunalwahl deutlicher, ist das Interesse an Kommunalpolitik! Das trifft natürlich nicht nur für Walldorf zu, ist kein singuläres Problem unserer Stadt, aber es ist jeden Sitzungs-Dienstag hier im Gremium zu erleben, wo oft noch nicht einmal eine Handvoll Bürgerinnen und Bürgern Interesse aufbringt, den für sie relevanten Themen zu folgen - heute haben wir insgesamt 13 Besucher, davon einige aktuelle und ein ehemaliger, Mitarbeiter der Verwaltung und

angesichts der Kommunalwahlen einige Kandidatinnen. Aber wehe, es wird was vor der Haustür geplant, dann wird der Verwaltung und dem Gemeinderat gesagt, was geht und was nicht und das am besten schon vorgestern.

Das Problem der Kommunalpolitik ist offenkundig, da muss man nur einmal auf die inzwischen veröffentlichten Wahllisten zur Kommunalwahl schauen - es geht oft nicht darum, kluge, interessante, politisch denkende Leute für eine Kandidatur zu überzeugen. Der Bekanntheitsgrad spielt eine große Rolle, danach wird ausgewählt. Doch wer in einer anderen Profession einen guten Job macht - muss noch lange kein guter Kommunalpolitiker sein (ich kann das aus mehr als 30 jähriger Erfahrung einschätzen!). Auch das ganz sicher ein Problem der Kommunalpolitik. Unser Leben ist vielfältiger geworden, die Interessen vielseitiger, auch das sicher ein Faktor, der eine Rolle spielt am Überdruß an der Politik.

Unsere absolute Hauptaufgabe für die kommenden Jahre, nach den vielen baulichen Neuschöpfungen, ist der Erhalt und die Verbesserung unserer kommunalen Infrastruktur. Weiter im Fokus von Bündnis 90 /Die Grünen muss im Mittelpunkt stehen: der Erhalt und vor allem Verbesserung der kommunalen Aufgaben und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir brauchen ein kommunales Konzept, um den gesellschaftlichen und vor allem den demografischen Umbruch der nächsten Jahrzehnte zu meistern. Im kommenden Jahrzehnt wird nahezu jeder dritte Baden-Württemberger über 60 Jahre alt sein. In den meisten Kreisen wird dann die Bevölkerung zurückgehen. Die Familienstrukturen werden vielfältiger, das Zusammenleben der Generationen zu fördern wird immer wichtiger.

Die Gemeinden und Städte stehen vor ganz grundsätzlichen Herausforderungen:

- Wie lassen sich die Fürsorge zwischen den Generationen und der soziale Zusammenhalt in den Kommunen stärken?
- Wie kann die kommunale Infrastruktur mit den sich wandelnden Bedürfnissen der Bevölkerungsgruppen Schritt halten und flexibel weiterentwickelt werden?
- Wie lassen sich angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen eine attraktive Grundversorgung und ein lebendiges Miteinander aufrechterhalten?

Patentrezepte sind nicht in Sicht. Konkrete Lösungen lassen sich nur vor Ort erarbeiten - im gemeinsamen Dialog von Gemeinderat, Verwaltung, örtlichen Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereinen sowie mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene und heute auf der Tagesordnung stehende Ausarbeitung von Konzepten in Form von Panels halten wir nicht für die Weisheit letzten Schluss und sehen das nicht als die notwendige Lösung von wichtigen Fragen in unserer Kommune - und auch hier, wie bei vielen anderen Themen müssen wir sagen, wir hätten mehr von Ihnen erwartet, Frau Staab. Im BM-Wahlkampf war in jedem Papier von Ihnen Bürgerbeteiligung auszumachen,

- 2012 haben wir schon einmal in unserer Rede zum Haushalt gesagt: „ Da, das sagen wir so offen, haben wir von Ihnen, Frau Staab, **mehr erwartet** - aber was nicht ist, noch nicht ist, kann ja noch werden!“ es ist leider nichts geworden -

nach drei Jahren legen Sie nun eine Form vor - nein, sie lassen ja vorlegen - vom Wirtschaftsförderer der Verwaltung, eine Bürgerbeteiligung, die ein selektives Auswahlverfahren proklamiert. Das ist keine Bürgerbeteiligung, zumindest keine, wie sie von der Bevölkerung und uns gewünscht und verstanden wird!

Was wir brauchen ist eine familienfreundliche, bürgeraktive und demografiesensible Kommune und für solche Beteiligungsformen wirbt unter anderem das Sozial- und das Verbraucherministerium und es gibt dafür schon ausgearbeitete Konzepte - das Integrierte Managementverfahren für Kommunen unter Anleitung und Hilfe des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg und des Statistischen Landesamtes.

An dieser Stelle passt ein Zitat von Manfred Rommel: Die schwäbische Maultasche ist eine sehr praktische Speise. Sie quillt im Magen auf, sodass für anderes wenig Platz bleibt. Diese Eigenschaft teilt die Maultasche mit so manchen politischen Programmen. Auch diese können - im Kopf - so aufquellen, dass für anderes kein Raum mehr ist, sodass das Eindringen anderer Gedanken ausgeschlossen werden kann. Lassen Sie uns also, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den anderen Fraktionen, auf ein gedanklich Maultaschen - freies Jahr 2014 hoffen, in dem wir konstruktiv, kritisch und kreativ unsere Gedanken einbringen.

## **Klimaschutz**

### **Ökologisch - Bündnis 90/Die Grünen - einzigartig!**

Für Bündnis 90/Die Grünen Walldorf lag in der Vergangenheit immer der Schwerpunkt der Ausführungen im ökologischen Bereich. Das ist sicher leicht nachvollziehbar und unschwer zu verstehen, haben die Grünen in ihrer bundesweit über 30-jährigen Parteigeschichte, übrigens können wir auch in Walldorf 2014 auf 30 Jahre Grüne im Gemeinderat zurückblicken, ÖKOLOGIE

von einem Randthema zu einem Kernthema politischen Handelns gemacht und es ist nach wie vor die erste Säule der vier politischen Ansätze, unter denen wir unsere politischen Ziele ordnen: ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.

Auch in Walldorf sind die ökologischen Themen sehr eng und in besonderer Weise mit unserer Partei verbunden.

Wir haben in den letzten Jahren, auch unter dem Eindruck der Klimakatastrophe der Nachhaltigkeit unseres wirtschaftlichen Handelns eine herausragende Bedeutung beigemessen. Der Klimawandel wird ein Katastrophenszenario bleiben, auch wenn es Wissenschaftler gibt, die bestimmte Auswirkungen in Frage stellen oder die zeitliche Abfolge geringer einschätzen.

Für uns bedeutet nachhaltiges Wirtschaften, dass wir politisch so Handeln müssen, dass die Menschen, die nach uns kommen, in unsere Entscheidungen und deren Auswirkungen einbezogen sind. Konkret bedeutet dies, dass wir z.B. bei Bauvorhaben der Kommune darauf bestehen müssen und werden, dass diese in Passivhausbauweise realisiert werden. Kurzfristig bedeutet dies natürlich eine Mehrausgabe, aber langfristig wird dadurch enorm viel Geld, werden Finanzmittel gespart. Ich erwähne dies, weil es sichtbar macht, wozu wir Grüne bereit sind, zu radikalen Änderungen, die von anderen Parteien in diesem Ausmaß und Umfang nicht oder nur zögernd mitgetragen werden und wir diese erst in langwierigen Prozessen von der Richtigkeit dieser Vorgehensweise überzeugen müssen.

Das ist der wesentliche Unterschied, der uns das hervorgehobene Alleinstellungsmerkmal im ökologischen Bereich auch in Zukunft sichern wird.

Die Bundesregierung hat für das Jahr 2050 folgende Klimaschutzziele ausgegeben:

1. Senkung der Treibhausgasemissionen um ca. 90 % und
2. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion soll auf 80 % steigen.

Auch die Stadt Walldorf selbst hat vor ca. 10 Jahren auf Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen im Gemeinderat von Walldorf einstimmig ein Klimaschutzkonzept verabschiedet. Als Ziel wurde formuliert den Kohlendioxidausstoß um jährlich 3 % zu senken.

Zahlreiche städtische Förderprogramme wurden durch weitere Anträge unserer Fraktion auf den Weg gebracht. Hierzu zählen u. a.

- die Passivhausförderung,

- die Förderung von solarthermischen Anlagen zur Brauchwassererwärmung und
- die Förderung von Fotovoltaikanlagen.

Alle Förderprogramme sind von der Bevölkerung gut angenommen worden. Bauherren konnten davon genauso profitieren wie das lokale und regionale Handwerk. Unsere Programme haben Investitionen in Millionenhöhe ausgelöst. Gerade das Förderprogramm für Fotovoltaikanlagen ist zu einem Renner geworden. Es gibt ca. 300 private Fotovoltaikanlagen im Stadtgebiet. Rechnet man die städtischen Fotovoltaikanlagen hinzu, werden schon etwa 6 % des in Walldorf verbrauchten Stroms aus diesen Anlagen erzeugt, selbst wenn man unsere industriellen Verbraucher mit einbezieht.

6 % - da ist schon noch ein bisschen Luft zu jenem 80 % -Wert, den die Bundesregierung für erforderlich hält um eine Klimakatastrophe abzuwenden.

Dabei ist es kein Hexenwerk auch in Walldorf in den nächsten Jahren auf diesen Wert zu kommen, denn aus unserer Sicht ist jedes Haus ein Kraftwerk. Es gibt bereits zahlreiche Häuser in Walldorf, die schon heute doppelt soviel Strom erzeugen wie sie selbst verbrauchen.

Im Neubaugebiet Walldorf Süd, Abschnitt 1, können wir eine Entwicklung beobachten, dass sogar ein ganzer Stadtteil mehr Energie erzeugen kann als er insgesamt verbraucht.

Die dortigen Bauherren werden versuchen soviel wie möglich von dem eigenerzeugten Strom selbst zu verbrauchen. Hier kommen schnell Batteriespeicher ins Spiel. Diese sind bis heute noch nicht rentabel.

Wir haben deshalb für den nächsten Bauabschnitt, falls dieser überhaupt kommen sollte, im Baugebiet Walldorf Süd beantragt, dass die Stadtwerke Walldorf ein Geschäftsmodell entwickeln sollen, welches zum Nutzen aller Beteiligten die Überstromvermarktung und eine Speicherlogistik organisiert. IT und Energie wachsen hier im Schattenschlag von SAP zusammen.

Zu diesem Thema abschließend ein Zitat von unserem Walldorfer Ehrenbürger, Herrn Dietmar Hopp, der auch Solarpionier ist: (Er hat schon vor über 30 Jahren die erste große Solaranlage auf seinem Wohnhaus installieren lassen)

„Der erneuerbaren und dezentralen Energieerzeugung gehört die Zukunft. Dies

gilt ganz einfach deshalb, weil Energiekunden ökologisch und gleichzeitig ökonomisch sinnvolle Lösungen immer stärker nachfragen, unabhängig von subventionierten Einspeisevergütungen und allen Diskussionen, die derzeit um die Reform des EEG geführt werden." (RNZ v. 5. 3. 2014)

### **Energetische Sanierung der städtischen Wohnungen**

Bereits 2012 wurde auf unseren Antrag hin, für die energetische Sanierung der städtischen Wohngebäude ein Betrag von 1 Mio. Euro im Haushalt 2013 eingestellt.

Zwar wurde ein Energiekataster für die Städtischen Wohnungen erstellt und ein deutliches Sanierungspotential in baulicher, technischer und insbesondere energetischer Hinsicht festgestellt. Realisiert wurde bis heute jedoch nichts.

Für die Mieter in den städtischen Wohnungen sind die ständig steigenden Kosten für Öl und Gas als "zweite Miete" zu einer deutlichen Belastung geworden. Wir erwarten, dass die Bauverwaltung nunmehr mit konkreten Maßnahmen den Sanierungsstau beendet. Bei energetischen Sanierungen im Bestand muss die Passivhaustechnologie als äußerst energiesparende Bauweise sofern dies technisch und wirtschaftlich möglich ist, auch in Walldorf umgesetzt werden. Wir fordern die Verwaltung auf hier neue Wege zu gehen. Andere städtische Wohnungsbaugesellschaften zeigen uns, dass der energieeffiziente und damit klimaschonende Passivhausstandard auch im sozial geförderten Wohnungsbestand und bei einem Neubau möglich ist. Barrierefreies Bauen muss bei Sanierung im kommunalen Wohnungsbestand und bei Neubau wegen der älter werdenden Bevölkerung einen höheren Stellenwert bekommen.

### **Sozialer Wohnungsbau**

Wohnen ist ein Menschenrecht

Der Einstieg in den sozialen Wohnungsbau durch die Stadt Walldorf muss sobald wie möglich stattfinden. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des kommunalen und genossenschaftlichen Wohneigentums ist ein wirksames Mittel die Mietpreise stabil zu halten und einer Verdrängung/ Gentrifizierung Alteingesessener aus ihren Lebensumfeld entgegen zu wirken.

Man kann nicht sagen, wir bauen Sportplätze für alle, lassen alle nach Walldorf kommen und stellen dann nicht den notwendigen bezahlbaren Wohnraum für die

unterschiedlichsten Bedürfnisse bereit! Es gibt nicht nur Gutverdiener, die sich auf unseren letzten teuren, bebaubaren Flächen Häuser bauen können, wir haben eine Masse anderer, den Facharbeiter, die alleinerziehende Verkäuferin, die Erzieherin, die kein dickes Einkommen und ein Firmenauto haben, die auf kostengünstigen Wohnraum angewiesen sind. Die Wohnbedürfnisse dieser Menschen gilt es in Zukunft adäquat zu berücksichtigen.

- Walldorf braucht barrierefreien und altersgerechten Wohnraum, genauso wie Wohnungen für Singles, Studierende, Alleinerziehende oder Familien für Einkommensschwache
- Initiierung und Förderung von generationsübergreifenden Wohnprojekten, in denen Alt und Jung unter einem Dach leben und sich gegenseitig unterstützen können. Diese Wohnprojekte sollen auch den Anforderungen von Inklusion (Integratives Wohnen) erfüllen.
- Freiwerdende zentral gelegene Grundstücke dürfen nicht Privatinvestoren überlassen werden
- Nebenkosten als Mietpreistreiber verhindern. Einführung eines Sozialtarifs für einkommensschwache Privathaushalte und als Sofortmaßnahme für diesen Personenkreis einen Heizkostenzuschuss zum Ausgleich der stark gestiegenen Energiepreise.

## Evangelisches Pfarrhaus

Das evangelische Pfarrhaus ist **als stadtbildprägendes Gebäude** von besonderer Bedeutung. Es ist für viele ein Identitätsmerkmal unserer Stadt und deshalb viel zu schade für einen Abriss um z.B. einer Reihenhausbauung Platz zu machen. Menschen in einer Stadt brauchen Anknüpfungspunkte, sie formen den Begriff Heimat und sie wecken bei den Bürgerinnen und Bürgern Erinnerungen und Vertrautheit. Aus diesem Grunde setzen wir uns dafür ein, dass das evangelische Pfarrhaus kommunalisiert und mit Rücksicht auf die historische Bausubstanz saniert wird.

## Finanzen

Hier bei uns in Baden-Württemberg freut man sich, dass die Landesfinanzen von einem "schwäbischen Hausmann" verwaltet werden. Leider ist die Spitze unseres Landes auch auf die Märchen des Sparzwangs hereingefallen, in der Verschuldungsnot gäbe es keine Alternative als Sparen, koste es, was es wolle. Selbstverständlich wird diese pfennigfuchsende Anständigkeit manche

begeistern, den aktuell Regierenden allerdings ist zu bescheinigen, dass sie die Handlungen ihrer Vorgänger und ihre eigene Geschichte vergessen haben. Die Möglichkeit struktureller Verschuldung wird schlicht ausgeblendet.

Die Gemeinde Walldorf hat glücklicherweise die finanziellen Probleme anderer Kommunen nicht. Dennoch ist unsere Einnahmeseite sehr einseitig und könnte sich von heute auf morgen ändern, ohne dass der Gemeinderat oder die Verwaltung etwas dagegen tun können. Wir können aber für diese Situation Vorsorge leisten und die Einnahmen erhöhen. Deshalb haben wir bei den Beratungen zum Haushalt den Antrag gestellt, den Hebesatz für die Gewerbesteuer zu erhöhen und stellen diesen Antrag heute Abend erneut.

### **Städtebauliche Entwicklung**

Bei der Stadtplanung vermissen wir weiterhin und nach wie vor eine Verkehrsplanung, die nicht zeigt, dass sie das Auto für das Verkehrsmittel der Zukunft hält, dem jeder Widerstand aus dem Weg zu räumen ist. Jede Verbesserung, die nur eine Verbesserung für den motorisierten Individualverkehr ist, die nur dafür sorgt, dass der Verkehr schneller und zahlreicher fließt, lehnen wir konsequent ab.

Wir sehen, die räumliche Entwicklung unserer Gemeinde als abgeschlossen an, mit den restlichen zu bebaubaren Flächen gilt es, besonders sparsam umzugehen. Verdichten wir erst unsere Innenstadt, legen wir Baugebote auf, um die freien Grundstücke unseres Stadtgebietes zu bebauen, bevor wir weitere Flächen im Außenbereich asphaltieren. Der Regionalplan 2020 der Metropolregion, an dem ich als Vertreter der Grünen in der Verbandsversammlung mitwirken durfte, lässt uns keine andere Wahl. Erweiterungswünschen nach Flächen, die zum RP 2020 nicht angemeldet waren, wird der Verband Region Rhein-Neckar eine Absage erteilen.

Und gerade hier in Walldorf, wo noch vor Jahren der Gemeinderat einstimmig gesagt hat, für Baumaßnahmen fällt kein Wald/Baum mehr. Und keine drei Jahre später die Mehrheit, außer uns Grünen und einem aufrechten Sozi, wieder die Hand erhoben hat um Platz im Wald für einen Sportplatz zu schaffen, muss klar sein, es darf kein Baum mehr fallen! Die Wald- und Erholungsflächen, die wir heute noch haben, sind unantastbar,

### **Noch ein Satz zur Asylthematik**

Wir sind froh, dass das Übergangwohnheim im Industriegebiet für Asylbewerber keine Proteste wie in anderen Gemeinden hervorgerufen hat. Doch wir wissen, dass die Lage für obdachlose, arme Menschen prekär ist und dass die Zahl der Flüchtlinge steigt: angenommen wird, dass sie sich im kommenden Jahr mehr als verdoppeln wird. Wir müssen dringend Wohnmöglichkeiten finden, im



Kreis wird derzeit mit Containern und Gebäuden in abseits gelegenen Gebieten versucht, die Situation zu meistern (Schwetzingen, Wiesloch). Doch die Orte sind schlecht gewählt, und können niemanden wirklich zufrieden stellen. Auch die Unterbringung in Walldorf im Industriegebiet ist nicht gerade vorbildlich und wir sollten unbedingt weiter nach geeigneten Räumlichkeiten für dezentrale Unterkünfte im Stadtgebiet suchen.

### **Der doppische Haushalt**

Wir haben vieles reingepackt und vieles angesprochen, den Haushalt 2014 und Zahlen haben wir ein wenig ausgespart, das hole ich jetzt noch nach. Nein keine Zahlen, hier möchten wir vor allem auf die Doppik = **DOPPELte** Buchführung **In** Konten eingehen

### **und unsere Kritik daran äußern**

Die Sinnhaftigkeit der Doppik wird gelegentlich mit folgenden Argumenten bestritten:

1. Die mit der Doppik häufig verbundene vollständige Vermögensrechnung erhebt zum Teil mehr Zahlen als benötigt werden. Viele Entscheidungen können bereits durch entscheidungsbezogene Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Messzahlen zur Organisation (Kapazität und Arbeitsanfall) hinreichend unterlegt werden. Eine Kosten- und Leistungsrechnung läuft ohne Kenntnisse sinnvoller Anwendung und Begrenzung Gefahr permanent Zahlen zu erzeugen, ohne dass Entscheidungsbedarf gegeben ist.
2. Die Doppik legt Zahlen zur kommunalen Verschuldung offen, so dass der Handlungsspielraum der Politik eingeengt wird
3. Mit dem Konzept der Doppik ist auch verbunden, dass bestimmte Entscheidungsbefugnisse von der Politik auf die Verwaltung übertragen werden. Hier stellt sich die Frage, ob die Politik es dulden wird, wie ein Aktionär behandelt zu werden, der nur globale Zahlen und keine Entscheidungen und Informationen zu Einzelmaßnahmen vorgelegt bekommt oder - durch Rückholung einiger Kompetenzen an den Rat - die Möglichkeit genutzt wird, sich und die Öffentlichkeit umfassend über die Finanzsituation der Kommune zu informieren.

Ein Praktiker, ein Kämmerer aus Hessen, sagte: „Bei der Kameralistik war alles einheitlich. Aber heute?“ Es werde wie panisch gebucht und sortiert. Die Arbeit der Ämter habe man in Hunderte von Produkten - von der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage über den Betrieb des Stadtbrunnens bis zur Reinigung eines Abwasser-Hauptsammlers - zerlegt. Doch der so aufgehäufte riesige Datenfriedhof sei oft ohne Aussagekraft - ergo nutzlos. Die hessische Doppik sei zudem nicht mit der Bundesstatistik kompatibel. 30 verschiedene Doppik-Systeme gebe es bundesweit. Allgemeine Lage: babylonisch.

Ein weiteres Beispiel: eine Gemeinde mit einem Etat von 20,5 Millionen Euro. Dort haben sich die einst 1600 Haushaltsstellen im neuen doppischen Haushalt zu 260 Kostenstellen, 39 Produkten und 2600 Sachkonten mit über 10 Millionen Kombinationsmöglichkeiten aufgebläht. 300 Seiten umfasste früher der Haushalt. Wenn man den Entscheidungsträgern nun die gleichen Informationen darstellen will, wäre er 1000 Seiten dick.“

**Der Große Unterschied ist ganz einfach, ein Gemeinwesen funktioniert nicht wie ein wirtschaftlicher Betrieb!**

„Ein Autohaus kauft und verkauft Autos, das ist etwas ganz anderes als eine Gemeinde, die politisch-parlamentarisch getroffene Entscheidungen verwirklicht, an Gesetze gebunden ist und dafür Geld bereitstellen muss“. Die Leistungen oder Produkte einer Gemeinde sollten - so die ursprüngliche Idee von Doppik - die Kosten für ihre Erstellung widerspiegeln, damit dann die Politik den Ressourceneinsatz überprüfen könne. Dummerweise, ist aber bei vielem, was im Rathaus oder in Landratsämtern geschieht, ein Zusammenhang zwischen Leistung, Menge und Kosten sehr schwierig herauszuarbeiten. Und auch wenn Aufgaben und Ziele präzise benannt würden, seien die sich ergebenden Kennziffern meist so unscharf, dass sie kaum eine brauchbare Basis für einen Haushalt abgeben könnten. Kinderbetreuung, Schul-Infrastruktur, Stadtsanierung, Integration, Verkehrsberuhigung, ökologische Projekte seien eben Bereiche, die sich einer kaufmännischen Rechnungslegung entzögen.

Als sei dies alles nicht genug, verursacht Doppik nach Einschätzung ihrer wachsenden Gegnerschar unnützen Sparstress, weil die Gemeinden ihr gesamtes Vermögen vom Stadtpark bis zum Feuerwehrauto mit Abschreibungen in den Haushalt einfließen lassen müsse. Dieser immense und andauernde Vermögensverzehr sei andernorts wieder zu erwirtschaften, weil oberstes Ziel der ausgeglichene Haushalt sei. Natürlich, und das wisse auch jeder, sei dies unmöglich. Die Gemeinde rutsche also aufgrund der neuen Bilanzrichtlinien zwangsläufig immer tiefer ins Minus. Davon abgesehen ist es abwegig und unrealistisch, Nilpferde im städtischen Zoo, Dorflinden, Brücken oder historische Rathäuser zu bewerten. Denn all dies könne eine Stadt ja gar nicht verkaufen. Ihr Wert ist nur virtuell.

Kritiker plädieren daher für die erweiterte kameralistische Haushaltsführung,

die wichtige Vorteile der Doppik übernehme, die aber sinnlose Datensammelei vermeide. Zu dieser Erkenntnis ist der Bund ebenfalls gekommen. So erklärte das Bundesfinanzministerium bereits Ende 2008, nach Kosten-Nutzen-Betrachtungen werde man die erweiterte Kameralistik der Doppik vorziehen.

Fakt ist:

Seit Anfang der 1990er Jahre befassen sich die deutschen Verwaltungen mit betriebswirtschaftlichen Konzepten. Sie führen Ansätze aus der Privatwirtschaft ein: Von Kostenrechnung über Kennzahlensysteme hin zu Budget und dezentraler Ressourcenverwaltung.

Das politische Arbeiten wird nicht besser, wir haben im neuen Haushalt Zahlen gesucht von Ausgaben, die wir kannten. Wir haben lange gesucht und geben zu, wir haben sie nicht gefunden! In einem kameralistischen HH-Plan hätten wir sofort gewusst, wo sie stehen.

Wir werden auch diese neue Aufgabe, doppische Haushalte richtig lesen zu lernen, meistern, aber Lust, Lust haben wir dazu keine!

Wir danken der Kämmerei, an der Spitze unserem neuen Kämmerer, der in Zukunft vielleicht Doppiker genannt werden muss, Herrn Boris Maier, seinem Team aus der Kämmerei für die sicher nicht einfache Umstellung der Haushaltsdaten und allen Steuerzahlern, die uns hier in Walldorf seit Jahren in die Lage versetzen, mit einer geflissentlichen Ruhe und Gelassenheit, die finanziellen Unwägbarkeiten in der Welt unwesentlich zur Kenntnis nehmen zu müssen!

Wir stimmen dem Haushalt für das Jahr 2014 zu.